

71. Sitzung

Düsseldorf, Donnerstag, 6. November 2014

Auszug aus dem veröffentlichten Plenumsprotokoll

Ilka von Boeselager (CDU): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Schwerd, Sie sind ein sehr netter Kollege, aber leider muss ich Ihnen widersprechen. Wir haben heute einmal mehr die Gelegenheit, über den Freihandel mit Nordamerika zu diskutieren. Bereits in den Beratungen haben wir zwei Anträge zum geplanten Freihandelsabkommen mit den USA, TTIP, ausführlich diskutiert, woraufhin sich in diesem Parlament eine breite Mehrheit positiv zum freien Handel geäußert hat. Ich hoffe, wir sind uns auch in Bezug auf CETA einig.

Diese Landesregierung hat unsere Anträge sowohl heute als auch gestern – eigentlich immer – abgelehnt und mit Nein votiert.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Die Landesregierung stimmt gar nicht mit ab!)

Jetzt hätten wir einmal die Gelegenheit, den Antrag der Piraten gemeinsam abzulehnen.

Was die EU und Kanada verhandelt haben, ist ein modernes und ambitioniertes Freihandelsabkommen – das möchte ich hier ganz deutlich machen-, und es bringt große Vorteile für die exportorientierte deutsche Wirtschaft. Warum ist das so? – Ich möchte Ihnen vier Gründe nennen.

Erstens. Mit CETA werden über 98 % der Importzölle abgebaut – das hat Herr Töns eben bereits gesagt –, und der Marktzugang für Dienstleistungen, Industrie, Güter sowie landwirtschaftliche Produkte wird liberalisiert.

Zweitens. Im Industriesektor wird es innerhalb der nächsten sieben Jahre sogar zu einer kompletten Abschaffung der Zölle kommen.

Drittens. CETA soll Kanada und der EU eine Ausweitung des Handels von 23 % bescheren.

Viertens. Mit dem Abkommen wird darüber hinaus ein deutlich verbesserter Zugang zu öffentlichen Aufträgen gewährleistet.

Künftig können sich europäische Unternehmen in Kanada auch auf provin- und Kommunalebene an öffentlichen Ausschreibungen beteiligen. Ich denke, auch das sollte man nicht aus dem Blick verlieren.

(Vereinzelt Beifall von der CDU)

In der Summe bedeutet dies: CETA steht für die Sicherung bestehender und die Schaffung neuer Arbeitsplätze. Das ist ein Kriterium, das für Europa in den nächsten Jahren entscheidende Bedeutung hat.

Deutschland hat bislang mehr als 130 Investitionsabkommen mit Investitionsklauseln beschlossen. Jetzt plötzlich den Untergang von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit an die Wand zu malen, ist meiner Meinung nach höchst unseriös.

(Vereinzelt Beifall von der CDU und der FDP)

Darüber hinaus hat die Bundesregierung in ihrer Antwort auf die Kleine Anfrage von Bündnis 90/Die Grünen Drucksache 18/2476 deutlich gemacht, dass sie die Vereinbarung zum Investorenschutz und zu den Schiedsverfahren auf ihre Notwendigkeit hin überprüfen wird.

Vizepräsident Oliver Keymis: Frau von Boeselager, gestatten Sie eine Zwischenfrage von Herrn Fricke?

Ilka von Boeselager (CDU): Ja, natürlich.

Vizepräsident Oliver Keymis: Das ist sehr nett von Ihnen. – Bitte schön, Herr Fricke.

Stefan Fricke (PIRATEN): Vielen Dank. – Es ist jetzt bekannt geworden, dass ein Finanzinvestor vor einem Schiedsgericht gegen den im Zusammenhang mit der Griechenland-Rettung erfolgten Schuldenschnitt für griechische Staatsanleihen klagt. Ein weiterer Finanzinvestor hat gegen die Rettung bzw. Verstaatlichung einer zypriotischen Bank geklagt. Würden diese Finanzinvestoren nun gewinnen – diese Wahrscheinlichkeit besteht schließlich; Stichwort: Argentinien –, würde dies die Griechenland- und Zypern-Rettung infrage stellen bzw. verhindern.

Da Sie den Investorenschutz stets hochhalten – der Text des CETA-Abkommens ist nun bekannt geworden –, frage ich Sie: Welche Mechanismen können Sie sich vorstellen, um so etwas zu verhindern?

Ilka von Boeselager (CDU): Ich denke, dass man nicht alles in einen Topf schmeißen kann.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Das eine betrifft Europa, und das andere betrifft das Abkommen mit Kanada. Die Europäische Kommission braucht in Sachen CETA sicherlich keine guten Ratschläge aus Düsseldorf. Der zuständige Handelskommissar Karel De Gucht hat in einem Briefing für die Mitgliedsstaaten am 26. September 2014 CETA als gemischtes Abkommen bezeichnet, und auch unser Bundeswirtschaftsminister hat sich positiv zu diesem Abkommen geäußert. Ich bin mir sicher, dass er genau hinschaut, dass nichts passiert, was uns langfristig nachteilig tangieren könnte.

Wir sollten also offen sein für dieses Abkommen. Wir sollten uns nicht von vornherein sperren. Sicherlich kann das eine oder andere verbessert werden, wie dies immer bei solchen Verträgen der Fall ist. Auch Herr Töns hat eben betont, dass wir, sobald die Übersetzung in deutscher Sprache vorliegt, noch einmal genau hinschauen müssen.

Aber schon jetzt zu sagen, dass das alles Murks ist, wäre zu kurz gegriffen. Deshalb werden wir als CDU-Fraktion Ihren Antrag heute ablehnen. – Danke.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Frau Kollegin. Bitte bleiben Sie am Pult stehen. Mir liegt die Bitte um eine Kurzintervention des Herrn Kollegen Dr. Paul, des Fraktionsvorsitzenden der Piraten, vor. – Herr Dr. Paul, Sie haben das Wort.

Dr. Joachim Paul (PIRATEN): Vielen Dank, Herr Präsident. – Werte Frau von Boeselager, ich möchte es als Frage formulieren: Herr Töns hat in seinem Beitrag auch darauf hingewiesen, dass gewisse Dinge in diesem 1.600-Seiten-Papier noch zu prüfen sind. Ich möchte auf die Befürchtungen eingehen, dass im Rahmen dieser Freihandelsabkommen eine überstaatliche Schiedsinstanz eingerichtet wird, bei der man keinen Einspruch einlegen kann. Wie bewerten Sie die Möglichkeit, dass wir in diesem Parlament zu der Übereinkunft kommen, dass wir die Installation solch überstaatlicher Instanzen grundsätzlich ablehnen?

Ilka von Boeselager (CDU): Herr Paul, ich denke, wir sollten erst einmal die deutsche Übersetzung abwarten. Dann werden wir uns als Land intensiv mit diesem Übereinkommen beschäftigen. Sollte das gegeben sein, was Sie befürchten, würden wir von unserer Seite aus auf Bundesebene – das gilt sicherlich auch für SPD und Bündnis 90/Die Grünen – Stimmung machen und sagen, welche Verbesserungen dringend vorgenommen werden müssten.

(Beifall von der CDU – Dr. Joachim Paul [PIRATEN]: Das ist mal eine Antwort! Danke!)